



Fachbereich WD 2

Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Deutschland, Großbritannien und den USA

Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Deutschland, Großbritannien und den USA

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 042/25
Abschluss der Arbeit: 2. September 2025
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	4
2.	Entwicklung der einschlägigen Budgets in Deutschland, Großbritannien und den USA	6
2.1.	Deutschland	6
2.1.1.	Deutschlands ODA, EZ und humanitäre Hilfe	6
2.1.2.	Entwicklung der Etats deutscher ODA, EZ und humanitärer Hilfe	8
2.1.3.	Mögliche Auswirkungen der Mittelkürzungen für deutsche EZ und humanitäre Hilfe	11
2.2.	Großbritannien	12
2.2.1.	Großbritanniens EZ und humanitäre Hilfe	12
2.2.2.	Entwicklung der Etats britischer ODA, EZ und humanitärer Hilfe	12
2.2.3.	Auswirkungen der Mittelkürzungen für britische ODA und EZ	15
2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika	16
3.	Folgen der Kürzungen der amerikanischen Entwicklungshilfegelder	20
3.1.	Kampf gegen HIV und AIDS	20
3.2.	Liberia	25
4.	Fazit	27

1. Einführung

Diese Arbeit widmet sich den Kürzungen der EZ-Mittel von Deutschland, Großbritannien und den USA in den letzten Jahren.

Die jüngsten Kürzungen von Geldern für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und humanitäre Hilfe durch Deutschland, Großbritannien und insbesondere die Vereinigten Staaten führen zu gravierenden humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Folgen in den Empfängerländern bzw. bei den dort von den Kürzungen betroffenen Gruppen.

Die USA haben ab Januar 2025 infolge eines Erlasses von Präsident Donald Trump einen Großteil der Mittel für Auslandshilfe gestrichen und die Entwicklungsbehörde USAID (United States Agency for International Development) faktisch aufgelöst. Über 80 Prozent der entsprechenden Projekte wurden eingestellt.

Großbritannien hat seine Auslandshilfe in den letzten fünf Jahren deutlich gekürzt, insbesondere indem es die offiziell festgelegte Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance*, ODA)¹ von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) auf 0,5 Prozent im Jahr 2021 und weiter auf geplante 0,3 Prozent bis 2027 gesenkt hat - eine Reduktion um etwa 40 Prozent und damit das niedrigste Niveau britischer Entwicklungshilfe seit über 25 Jahren.² Diese Politik wurde von der konservativen Regierung unter Premierminister Boris Johnson ursprünglich 2020 als temporäre Antwort auf die COVID-19-Pandemie eingeführt, ist seither aber zunehmend strukturell geworden und wird (mittlerweile mit gestiegenen Verteidigungsausgaben begründet) von der Labour-Regierung unter Keir Starmer weiterverfolgt.

Für Deutschland ergibt die Betrachtung der letzten zehn Jahre ein gemischtes Bild. Es gab sowohl deutliche Steigerungen als auch erhebliche Kürzungen bei den deutschen Etats für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe. In der 21. Legislaturperiode sollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit laut Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD von 2025 um 2,1 Mrd. Euro gekürzt werden, was fast 30 Prozent weniger innerhalb einer Legislaturperiode bedeutet.

1 **Hinsichtlich der ODA** gilt es zu beachten, dass das Ziel, dass Industriestaaten 0,7 Prozent ihres BNE für EZ ausgeben sollen, zwar seit Jahrzehnten auf nationaler, internationaler und supranationaler Ebene eine feste Größe ist, es aber durchaus **Zweifel an der wissenschaftlichen Begründbarkeit des Wertes 0,7 Prozent** gibt. Insbesondere trägt dieser in den 1960ern aufgrund damals vorliegender Daten und herrschenden Annahmen errechnete Wert den umfassenden Veränderungen (Aufstieg ehemaliger Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, gestiegenes BNE auch der meisten ärmsten Staaten, verstärkter globaler Handel etc.) nicht Rechnung. Das 0,7-Prozent-Ziel ist heute in erster Linie ein politisches Ziel. Bislang sind aber auch keine politischen Bemühungen hin zu einem realistischen bzw. an heutige Gegebenheiten angepassten Wert erkennbar. In jedem Fall **ändert eine kritische Betrachtung des 0,7-Prozent-Ziels nichts daran, dass Großbritannien seine Mittel für die EZ stark gekürzt hat.**

Zur Kritik am ODA-Ziel siehe Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Official Development Assistance (ODA) - Definition, Entwicklung, Kritik, 26. Oktober 2023, WD 2 - 3000 - 072/23, <https://www.bundestag.de/resource/blob/979862/d2ed4f6b02de896683ee72c1b5e7f951/WD-2-072-23-pdf.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

2 Alle Informationen dieses Absatzes: Philip Loft und Philip Brien, UK aid: spending reductions since 2020 and outlook from 2024/25, S. 5-6, 12. Februar 2025, House of Commons Library, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-9224/CBP-9224.pdf> (zuletzt abgerufen am 20. Juli 2025).

Von 2024 auf 2025 sank der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits um 940 Mio. Euro.³

Auch andere wichtige Geberländer – z. B. Kanada, Schweden, die Schweiz und Frankreich – planen für 2025 oder spätestens 2026 deutliche Kürzungen ihrer ODA.⁴ Nur wenige Geberländer wollen ihre ODA auf gleichbleibendem Niveau halten oder sie erhöhen.

Noch ein Hinweis vorab: Die von den Vereinigten Staaten vorgenommenen Kürzungen sind so gravierend, dass sich die unmittelbaren Folgen relativ einfach identifizieren und aufzeigen lassen. Deswegen werden sie in einem gesonderten Kapitel zum Ende dargestellt. Bei den britischen und deutschen Kürzungen ist dies so nicht der Fall. Hier existieren in erster Linie Warnungen bzw. Prognosen von Regierungsseite (in Großbritannien) und Nichtregierungsorganisationen. Diese werden in den Abschnitten zu Großbritannien und Deutschland angerissen. Wirklich fundierte Aussagen lassen sich hier jedoch noch kaum treffen. Zu beachten ist, dass Kürzungen eines Entwicklungsetats – zumindest innerhalb eines gewissen Rahmens – als solche noch nicht zwingend zu weniger bzw. schlechterer Entwicklungshilfe führt. Ebenso wenig schlägt sich eine Erhöhung automatisch positiv nieder. Relevant ist auch – wie bei jeder politischen Allokation von Haushaltsmitteln – wie effizient und wofür die Mittel eingesetzt werden. Kurz gesagt: hohe Summen allein nützen nichts, wenn das damit finanzierte EZ-Projekt von falschen Annahmen ausgeht oder ineffizient verwaltet wird. Bei vergleichsweise weniger drastischen Kürzungen, oder Kürzungen, die in den darauffolgenden Jahren wieder durch Erhöhungen ausgeglichen werden, lassen sich deren Auswirkungen oft nicht eindeutig identifizieren. Zudem sind manche Auswirkungen erst nach gewisser Zeit sichtbar. Für eine echte Beurteilung müssen aus Expertensicht vor allem auch konsequent und konsistent Daten erhoben und ausgewertet werden.⁵ Für die jüngsten deutschen Kürzungen liegen solche Daten bislang nicht vor.

Anders ist es jedoch bei den historisch beispiellosen Kürzungen, die die USA vorgenommen haben. Diese sind so drastisch und abrupt, dass sich zahlreiche Konsequenzen bereits kurz nach ihrer Bekanntgabe zeigten.

Anhand des Beispiels HIV-Prävention und -Bekämpfung im Sektor Gesundheit sowie des Beispiels Liberia als Krisen- und Entwicklungsstaat werden die – schon eingetretenen oder gemäß

3 Deutscher Bundestag, Kürzungen im Etat für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 9. Juli 2025, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw28-de-entwicklung-1094250> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

4 Donor Tracker, The Budget Cuts Tracker: How are individual donors' ODA levels projected to change?, 2025, <https://donortracker.org/publications/budget-cuts-tracker#how-are-individual-donors-oda-levels-projected-to-change> (zuletzt abgerufen am 11. August 2025).

5 Vgl. die Aussage von Gideon Rabinowitz von Bond, dem britischen Dachverband der EZ-NGOs: „Without this, we only have a very limited picture of what the real impact is going to be on the areas facing the brunt of the cuts.“ Er bezieht sich auf eine Folgenabschätzung der britischen Regierung hinsichtlich der Kürzungen der britischen ODA im Haushaltsjahr 2025-2026, die aus seiner Sicht jedes Jahr vorgenommen werden müsse, um die tatsächlichen Konsequenzen der Kürzungen zu verstehen. Heather Stewart, UK's aid cuts 'will hit children's education and raise risk of death', Guardian am 22. Juli 2025, <https://www.theguardian.com/global-development/2025/jul/22/uks-aid-cuts-will-hit-childrens-education-and-raise-risk-of-death> (zuletzt abgerufen am 20. August 2025).

Fachleuten wahrscheinlich eintretenden – Folgen der Verringerung der EZ-Mittel der USA dargestellt.

2. Entwicklung der einschlägigen Budgets in Deutschland, Großbritannien und den USA

In diesem Kapitel werden die Entwicklungen der Haushalte für ODA bzw. EZ und humanitäre Hilfe in Deutschland, Großbritannien und den USA der letzten Jahre dargestellt. Für Deutschland und Großbritannien wird auch auf die möglichen Auswirkungen der jeweiligen Haushaltskürzungen eingegangen.

2.1. Deutschland

In diesem Abschnitt werden zunächst die Eigenheiten der deutschen ODA und sodann die Entwicklungen von deren Finanzierung in den letzten Jahren dargestellt.

2.1.1. Deutschlands ODA, EZ und humanitäre Hilfe⁶

Deutschland ist hinsichtlich des ODA-Volumens das zweitgrößte Mitglied des Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee, DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und belegt den fünften Platz unter den 34⁷ DAC-Mitgliedern, wenn die ODA als Anteil am BNE betrachtet wird. Im Jahr 2023 gehörte Deutschland zu den größten bilateralen ODA-Gebern für instabile und extrem fragile Kontexte (5,3 Mrd. USD) und stellte den größten Anteil der bilateralen ODA-Bruttoleistungen für Konfliktprävention bereit (7,2 Prozent). Deutschland hatte die zweithöchsten ODA-Zusagen für den Klimaschutz (11,8 Mrd. USD) im Zeitraum 2022–2023 und die höchsten Brutto-ODA-Kosten für Flüchtlinge im Jahr 2023 (7,3 Mrd. USD).

Im Folgenden werden die EZ und die humanitäre Hilfe, also nicht die Gesamt-ODA, Deutschlands betrachtet. Inländische, auf die ODA anrechenbare Ausgaben wie die für Flüchtlinge und Studierende aus Entwicklungsstaaten, werden nicht berücksichtigt, weil dies zu verwirrenden Aussagen führt. Zum Beispiel leistet Deutschland bereits seit 2010 keine EZ mehr in China, und zwischen 2011 und 2024 wurde auch keine EZ mehr in Syrien geleistet. Dennoch erscheinen beide Staaten seit Jahren in den Listen der zehn Staaten, für die Deutschland die meiste ODA zahlt. Dies liegt daran, dass die ODA nach Kriterien der OECD definiert wird und die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen sowie für Studierende aus Schwellen- und Entwicklungsländern zur ODA gezählt werden. Die hohe Zahl syrischer Flüchtlinge sowie chinesischer Studierender

6 Alle Informationen dieses Abschnittes, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt: OECD, Development Co-operation Profiles: Germany, 11. Juni 2025, https://www.oecd.org/en/publications/development-co-operation-profiles_04b376d7-en/germany_460a37b1-en.html (zuletzt abgerufen am 12. August 2025).

7 Das DAC hat 33 Einzelstaaten sowie die Europäische Union als Mitglieder. OECD, Development Assistance Committee (DAC), 2025, <https://www.oecd.org/en/about/committees/development-assistance-committee.html> (zuletzt abgerufen am 2. September 2025).

in Deutschland macht somit Syrien und China zu „Empfängerländern“ deutscher ODA, obwohl gar keine Entwicklungsgelder von Deutschland in diese Staaten fließen.

Dass die Bundesrepublik Deutschland EZ und humanitäre Hilfe sowohl auf Regierungsebene als auch auf parlamentarischer Ebene (mit jeweils eigenen Ausschüssen) trennt, ist im internationalen Vergleich ungewöhnlich. Die meisten Geber unterscheiden zwar EZ und humanitäre Hilfe konzeptionell, lassen sie jedoch nicht von verschiedenen Ressorts verwalten bzw. implementieren.

Deutschlands „eigentliche“ ODA, d. h. EZ und humanitäre Hilfe, ist überwiegend bilateral unter Führung des BMZ ausgestaltet und wird durch umfangreiche multilaterale Beiträge an EU-Institutionen und globale Fonds ergänzt.

Die Umsetzung erfolgt vor allem durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie weitere Durchführungsorganisationen (z. B. den Deutschen Entwicklungsdienst) und staatlich bezuschusste Nichtregierungsorganisationen (z. B. Brot für die Welt oder die Welthungerhilfe).

Deutschlands EZ hat insgesamt 65 Partnerländer. Davon sind 39 bilaterale Partner, acht Transformationspartner, acht globale Partner und 10 Nexus- und Friedenspartner.⁸ Im Jahr 2023 konzentrierte sich die bilaterale deutsche Entwicklungshilfe vor allem auf afrikanische Länder, was im Einklang mit der deutschen Entwicklungspolitik 2030 steht, die Afrika als Schwerpunktregion festlegt. 5,7 Mrd. USD flossen an afrikanische Länder und 3,9 Mrd. USD an Asien (ohne Nahen Osten). Dies entspricht 19,2 Prozent bzw. 13,1 Prozent der gesamten bilateralen ODA. 2,8 Mrd. USD flossen an den Nahen Osten. Asien (ohne Nahen Osten) war zudem der wichtigste regionale Empfänger der zweckgebundenen Beiträge Deutschlands an multilaterale Organisationen.

Im Jahre 2025 wurden die Mittel für deutsche EZ vorrangig auf folgende Sektoren bzw. Schwerpunkte verteilt:

- Ländliche Entwicklung, nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherung
- Bildung
- Nachhaltiges Wirtschaften, berufliche Ausbildung, Schaffung von Arbeitsplätzen
- Verfügbarkeit von Wasser
- Zukunftsfähige Energie
- Förderung von Demokratie, guter Regierungsführung und Menschenrechten

8 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Länder, 2025, <https://www.bmz.de/de/laender> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025). Es sei darauf hingewiesen, dass unter diesen Ländern auch solche sind, an die Deutschland keine EZ-Leistungen mehr zahlt, z. B. China und Afghanistan.

- Krisenprävention und Minderung von Konflikten⁹

Notabene: Während die „Leitlinien für eine feministische Außenpolitik“, die in der 20. Wahlperiode von der damaligen Außenministerin Annalena Baerbock vorgestellt wurden, von ihrem Amtsnachfolger Johann Wadephul wieder außer Kraft gesetzt wurden, folgt das BMZ weiterhin dem seinerzeit zeitgleich vorgestellten Konzept der feministischen Entwicklungspolitik.¹⁰ Das BMZ klassifiziert mittlerweile ca. 85 seiner EZ-Maßnahmen als gendersensibel.

2.1.2. Entwicklung der Etats deutscher ODA, EZ und humanitärer Hilfe

Seit 2015 gab es sowohl deutliche Steigerungen als auch erhebliche Kürzungen bei den deutschen Etats für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, abhängig von der jeweiligen Bundesregierung und den globalen Krisenlagen.

Dies drückt sich auch in der Entwicklung der ODA-Quote Deutschlands in diesem Zeitraum aus, wobei hierbei zu beachten ist, dass in die Quote mittlerweile auch die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen einfließen, die nicht der Finanzierung von klassischer EZ dienen. Diese Kosten machten z. B. im Jahre 2023 fast 20 Prozent der ODA-Mittel aus¹¹ und sorgten dafür, dass Deutschland von 2020 bis 2023 erstmals das Ziel von 0,7 Prozent des BNE überstieg.¹²

Von 2015 bis 2020 gab es erhebliche Zuwächse in den Haushalten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der beim Auswärtigen Amt (AA) angesiedelten humanitären Hilfe. Unter der Großen Koalition von Bundeskanzlerin Angela Merkel und auch der Ampel-Koalition von Bundeskanzler Olaf Scholz wuchs der BMZ-Etat insgesamt von 6,5 Mrd. Euro auf 10,9 Mrd. Euro, die Mittel für humanitäre Hilfe von 1,5 Mrd. Euro auf 3,1 Mrd. Euro.¹³ In Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine sanken die Mittel ab 2022

9 Bundeshaushalt.de, Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2025 - Einzelplan 23 - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2025, <https://www.bundeshaushalt.de/static/daten/2025/soll/draft/epl23.pdf> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

10 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Feministische Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 8, WD 2 - 3000 - 032/25, 24. Juni 2025, <https://www.bundestag.de/resource/blob/1103132/WD-2-032-25.pdf> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

11 Destatis, Öffentliche Entwicklungsleistungen, 2025, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Entwicklungszusammenarbeit/leistungen-entwicklungszusammenarbeit.html> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

12 Statista, Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit durch Deutschland in Relation zum Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote) im Zeitraum 2012 bis 2024, 2025, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2564/umfrage/entwicklungszusammenarbeitsausgaben-entwicklung-seit-1995/#:~:text=Im%20Jahr%202023%20entsprechen%20die,Marke%20von%200%2C7%20Prozent>. (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

13 Welthungerhilfe, Kompass 2020: Analyse der ODA, 8. Mai 2020, <https://www.welthungerhilfe.de/welternahrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/deutsche-oda-in-daten-fakten-und-trends> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

jedoch wieder und das Budget des BMZ wurde bis 2024 von 13,8 auf 11,2 Mrd. Euro reduziert.¹⁴ Im gleichen Zeitraum wurde der Etat des AA für humanitäre Hilfe von 3,1 auf 2,2 Milliarden Euro gekürzt.

Im Haushaltsjahr 2025 wurden weitere Kürzungen vorgenommen:

Im Bundeshaushalt 2025 beträgt der Etat des BMZ (Einzelplan 23) rund 10,28 Mrd. Euro, was im Vergleich zum Vorjahreshaushalt einer Reduzierung der in der Einleitung erwähnten 940 Mio. Euro entspricht.¹⁵

Der BMZ-Haushalt 2025 ist zwar trotz der erheblichen Kürzungen im Vergleich zum „Rekordjahr“ 2022, als er den historischen Höchststand von rund 13,28 Mrd. Euro umfasste, immer noch umfangreicher als der durchschnittliche Haushalt der Jahre 2012 bis 2024, der rund 9,6 Mrd. Euro betrug. Hierbei wurden jedoch keine Faktoren wie Inflation, Personalaufwuchs und -strukturveränderungen im BMZ, Übernahme von Tarifverträgen usw. berücksichtigt. Eine genauere Untersuchung dieser Faktoren und eine entsprechende Bereinigung der Nominalwerte kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Sie würde überdies auch wenig zum Verständnis des eigentlichen Gegenstandes der Arbeit, nämlich der Folgen der jüngsten Kürzungen, beitragen.

Interessant ist ferner eine Betrachtung des **Anteils der Mittel im Einzelplan 23 am Gesamthaushalt: 2025 beträgt dieser Anteil 2,04 Prozent**. Dies ist eine deutliche Verringerung im Vergleich zu 2022 (2,87 Prozent) und liegt auch **unter dem Mittel der Haushaltsjahre 2012 bis 2024, nämlich 2,46 Prozent**.

Im Etat des Auswärtigen Amtes beträgt der Haushaltstitel 68 732 „Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland“ (humanitäre Hilfe) im Haushaltsjahr 2025 insgesamt 1,048 Mrd. Euro, wurde also im Vergleich zu 2024 um rund 1,18 Mrd. Euro gekürzt.¹⁶ Im Gegensatz dazu **steigt** allerdings der deutsche **Beitrag an die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen deutlich an**, nämlich von rund 334 Mio. Euro im Haushalt 2024 auf rund 681 Mio. Euro im Haushalt 2025.¹⁷ Zudem konnte die Bundesrepublik in der Vergangenheit immer auch überplanmäßige Haushaltsmittel nachschießen, wenn dies erforderlich war, um humanitäre Hilfe zu leisten, z.B. nach dem

14 Alle Zahlenangaben für die Jahre 2022 bis 2024 sind der Tabelle entnommen auf: Cornelia Möhring und Andreas Bohne, Rekordkürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2025, https://www.rosalux.de/news?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=52319&tx_news_pi1%5Bnews_uid%5D=0&cHash=aa79d014c625d6baa6d2e43f5d82f24f (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

15 Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushalt digital – Einzelplan 23 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 2025, <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

16 Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushalt digital – Einzelplan 05 (Auswärtiges Amt) – 0501 687 32 (humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland), 2025, <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

17 Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushalt digital – Einzelplan 05 (Auswärtiges Amt) – 0501 687 10 (Beitrag an die Vereinten Nationen), 2025, <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

Tsunami im Indischen Ozean im Jahre 2004¹⁸ oder im Jahre 2022 nach der Vollinvasion der Ukraine durch Russland.¹⁹

Im Haushaltsentwurf für 2026 sind für den Titel 68 732 „Humanitäre Hilfen im Ausland“ keine weiteren Kürzungen geplant; das Budget bleibt also konstant.²⁰

Laut Entwurf werden die Mittel des BMZ im Jahre 2026 weiter sinken, und zwar auf insgesamt 9,94 Mrd. Euro.

Besonders betroffen sind die folgenden Haushaltstitel und Themen:

- **Bilaterale finanzielle Zusammenarbeit mit Partnerstaaten:** Mittel sinken von 2,07 Mrd. Euro im Jahr 2025 auf 1,95 Mrd. Euro im Jahr 2026, d. h. um 120 Mio. Euro
- **Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur:** Mittel sinken von 721,77 Mio. Euro auf 695,77 Mio. Euro; rund 26 Mio. Euro weniger
- **Europäische Entwicklungszusammenarbeit:** Mittel sinken von 1,93 Mrd. Euro auf 1,75 Mrd. Euro; rund 180 Mio. Euro weniger
- **Beiträge an Vereinte Nationen und NGOs:** Mittel sinken von 556,1 Mio. Euro auf 501,5 Mio. Euro; rund 54 Mio. Euro weniger
- **Deutscher Beitrag am Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM):** Mittel sinken von 370 Mio. Euro auf 288 Millionen Euro; rund 82 Mio. Euro weniger. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der drastischen Einschnitte der USA in diesem Bereich (s. u.) signifikant.
- **Europäische Entwicklungsfonds:** Mittel sinken von 166,5 Mio. Euro auf 144,1 Mio. Euro; rund 22,4 Mio. Euro weniger.

18 Auswärtiges Amt, Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2002 bis 2005, S. 17, 2006, <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/205226/6febce46df2e15dfb3abd999cf35d719/berichthh2002-2005-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

19 „Inbegriff von Menschlichkeit“, Deutschland.de am 26. Oktober 2022, <https://www.deutschland.de/de/topic/politik/humanitaere-hilfe-deutschland-ist-zweitgroesster-geber-weltweit> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2025).

20 Alle Informationen zum Haushaltsentwurf 2026: Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026), Drs.-Nr. 21/600, 15. August 2025, <https://www.bundestag.de/services/suche?suchbegriff=Drucksache+21%2F600> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

2.1.3. Mögliche Auswirkungen der Mittelkürzungen für deutsche EZ und humanitäre Hilfe

Die Kürzungen des Jahres 2025 sowie die für 2026 geplanten zusätzlichen Kürzungen im Einzelplan 23 (BMZ) Bundeshaushaltes betreffen zwar alle Bereiche, jedoch nicht alle gleichermaßen, wie oben dargelegt.

Aussagen darüber, wie sich die Kürzungen zwischen 2024 und 2025 tatsächlich ausgewirkt haben, lassen sich noch nicht treffen, da der Haushalt für 2025 aufgrund der Neuwahlen im Frühjahr 2025 so spät verabschiedet wurde. Im Rahmen der Recherche konnten z. B. keine Informationen über GIZ-Maßnahmen, die aufgrund der Budgeteinschnitte beendet wurden, erlangt werden. Vielmehr scheint es so, als ob die **Einsparungen dadurch umgesetzt werden, dass keine neuen Maßnahmen mehr geplant und geplante Maßnahmen gar nicht oder mit geringerer Finanzausstattung implementiert** werden. Für Prognosen über konkrete Konsequenzen der Einschnitte, die für 2026 geplant sind, ist es noch zu früh, zumal der entsprechende Gesetzentwurf erst Mitte August 2025 vorgestellt wurde. Natürlich gibt es dennoch eine größere Zahl von Appellen zivilgesellschaftlicher Organisationen im Entwicklungsbereich, die vor den Auswirkungen der Kürzungen warnen.²¹ **Im Juni 2025 z. B. veröffentlichten über 30 deutsche Hilfsorganisationen einen Aufruf an die Bundesregierung, die Kürzungen zu stoppen**, und protestierten vor dem Bundeskanzleramt.²² Laut Aufruf gefährdeten die Kürzungen Jahrzehnte des Fortschritts in der EZ.

Humanitäre Hilfe ist ihrem Wesen nach Hilfe in akuten und zumeist nicht vorhersehbaren Notsituationen. Dementsprechend lassen sich aus geplanten Etatkürzungen meist keine sicheren Prognosen, sondern allenfalls statistikbasierte Aussagen ableiten, wobei die Statistik sich notwendigerweise aus Werten der Vergangenheit ergibt.²³ Auch für die Vergangenheit ist eine Aussage darüber, wie Kürzungen sich ausgewirkt haben, schwierig, denn in der Praxis ist es so, dass in einer akuten Notlage dann zumeist doch Mittel zumindest für die bilaterale, direkte humanitäre Hilfe „organisiert“ werden können, d. h., s. o., dass überplanmäßige Ausgaben eingeplant sind. Schwieriger ist dies bei multilateral geleisteter humanitärer Hilfe, z. B. durch die Organisationen der Vereinten Nationen (VN). Hier kürzt in der Regel nicht nur ein Geber seine Beiträge, sodass die Unterfinanzierung konkreter Hilfsmaßnahmen sich auch nicht auf ein Geberland zurückführen lässt. Einschlägige zivilgesellschaftliche Organisationen prangern dementsprechend eher den

21 Siehe z.B. VENRO, Appell an die Bundesregierung: VENRO und ONE rufen zu Stopp der Kürzungen auf, 27. Juni 2025, <https://venro.org/ueber-venro/aktuelles/detail/appell-an-die-bundesregierung-kuerzungen-stoppen> (zuletzt abgerufen am 26. August 2025).

22 ONE, NGOs schlagen Alarm: Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe gefährden Jahrzehnte an Fortschritten, 23. Juni 2025, <https://www.one.org/de/press/ngos-schlagen-alarm/> (zuletzt abgerufen am 26. August 2025).

23 Vgl. die Ausführungen in Kayu Orellana und Lukas Zechner, Drastische Folgen der Kürzungen für humanitäre Hilfe, Help – Hilfe zur Selbsthilfe, 2024, <https://www.help-ev.de/humanitaere-hilfe/auswirkungen-haushalts-kuerzungen/> (zuletzt abgerufen am 25. August 2025). Die Autoren weisen ausdrücklich darauf hin, dass Aussagen wie „4,3 Mio. Menschen werden keine Ernährungshilfe mehr erhalten“ sich rein auf die Statistik beziehen.

seit einigen Jahren bestehenden Rückgang der Mittel für humanitäre Hilfe als solchen an, als z. B. direkt Deutschlands Kürzungen für konkrete Folgen verantwortlich zu machen.²⁴

2.2. Großbritannien

Die folgenden Abschnitte liefern allgemeine Informationen zur britischen EZ, zu den Entwicklungen der Finanzierung der britischen EZ bzw. ODA sowie den möglichen Folgen finanzieller Kürzungen in den letzten Jahren.

2.2.1. Großbritanniens EZ und humanitäre Hilfe

Im Allgemeinen ist die britische EZ stärker als die deutsche davon geprägt, dass sich einzelne Maßnahmen eher an mehrere Länder bzw. ganze Sektoren richten.²⁵ Im Jahre 2023 hatten z.B. nur 26,5 Prozent der Mittel für bilaterale ODA einzelne Länder zum Ziel, während der Rest für mehrere Länder und Sektoren bestimmt war. Laut Angaben des britischen Außenministeriums gehen die britischen EZ-Mittel in folgende Sektoren (mit absteigender Reihenfolge gemessen an Mitteln): Gesundheit, Katastrophenhilfe [also humanitäre Hilfe], Umwelt, Banken- und Finanzsektor, Industrie, Bildung, Regierungsführung und Zivilgesellschaft, multisektorale Maßnahmen sowie die Landwirtschaft.²⁶ Hauptzielländer sind Jemen, Nigeria, Somalia, Südsudan, Sudan, Äthiopien, Syrien, die Ukraine, Pakistan und die Demokratische Republik Kongo.²⁷ Dabei werden die Kosten für Flüchtlinge aus diesen Ländern miteingerechnet.

Anders als Deutschland sind in Großbritannien EZ und humanitäre Hilfe nicht institutionell und parlamentarisch getrennt. Beides fällt seit **Schließung des Entwicklungshilfeministeriums im Jahre 2020** in das Außenressort, das umbenannt wurde in *Foreign, Commonwealth and Development Office (FCDO, Amt für Auswärtiges, den Commonwealth und Entwicklung)*.

2.2.2. Entwicklung der Etats britischer ODA, EZ und humanitärer Hilfe

Die britische Entwicklungszusammenarbeit unterlag zwischen 2015 und 2025 deutlichen Schwankungen. Bis 2020 wuchs sie jährlich an, verringerte sich aber deutlich ab 2020. Hauptursachen waren fiskalischer Druck, veränderte nationale Prioritäten und externe Krisen wie die

24 Vgl. Frauke Bohner, "Kompass 2025": Die deutsche Entwicklungspolitik steht vor einem Wendepunkt, Welternährung 06/25, <https://www.welthungerhilfe.de/welternahrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/kompass-2025-umbrueche-fuer-reformen-nutzen> (zuletzt abgerufen am 25. August 2025).

25 Alle Angaben dieses Abschnittes: Independent Commission for Aid Impact (ICAI), How UK aid is spent, 26. Februar 2025, <https://icai.independent.gov.uk/html-version/how-uk-aid-is-spent/> (zuletzt abgerufen am 21. Juli 2025).

26 Foreign, Commonwealth and Development Office (FCDO), Making development assistance more transparent, UKAid, 2025, <https://devtracker.fcdo.gov.uk/#> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

27 FCDO (Anm.26).

COVID-19-Pandemie sowie steigende Ausgaben für Verteidigung und Militärhilfen nach der Vollinvasion²⁸ der Ukraine durch Russland im Februar 2022.

Anders als in den anderen Geberländern der OECD hatte Großbritannien die Zielmarke von ODA in Höhe von 0,7 Prozent des BNE im Jahre 2015 gesetzlich verankert. Bis 2021 wurde dieser gesetzlich vorgeschriebene Wert ungeachtet von Regierungswechseln auch eingehalten, was Großbritannien zu einem der weltweit führenden Geberländer machte.

Hierbei ist zu beachten, **dass die ODA aufgrund der Hinzurechenbarkeit der Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht dasselbe ist wie die Mittel für EZ und humanitäre Hilfe** – tatsächlich machten diese z. B. im Jahre 2022 nur ca. 0,36 Prozent des britischen BNE aus.²⁹ Durch die Anrechenbarkeit der Kosten für Flüchtlinge waren die Ausgaben für „echte“ EZ tatsächlich geringer, als es der erste Blick auf die reine ODA-Quote bzw. die dahinterstehende Gesamtsumme es vermuten lässt. Notabene: Dies gilt auch für Staaten, die die Höhe ihrer ODA nicht gesetzlich festgeschrieben haben, wie z. B. Deutschland.

Der festgeschriebene Anteil am BNE macht die Höhe der britischen ODA abhängig von dessen Entwicklung. In Folge des wirtschaftlichen Abschwungs aufgrund der COVID-19-Pandemie senkte sich somit im Jahre 2020 mit dem britischen BNE auch die britische ODA um 4,6 Prozent – eine Reduzierung der Mittel für EZ und humanitäre Hilfe um 700 Mio. GBP, was im Durchschnittswchselkurs des Jahres 2020 rund 787 Mio. Euro entsprach.³⁰

Im Jahre 2021 beschloss das britische Parlament eine Gesetzesänderung, die die ODA-Quote auf 0,5 Prozent des BNE absenkte. Die Mittel für EZ und humanitäre Hilfe sanken um 21,1 Prozent, d. h. 3,1 Mrd. GBP (2021 rund 3,6 Mrd. Euro).³¹

In den Jahren 2022 und 2023 erhöhte sich die britische ODA wieder – im Jahre 2022 auf 12,8 Mrd. GBP und 2023 sogar auf 15,3 Mrd. GBP.³² Da aber die Ausgaben für Flüchtlinge sich deutlich erhöhten, *sanken* effektiv die Mittel für EZ und humanitäre Hilfe: im Jahre 2023 wurden rund 28 Prozent der britischen ODA für die Flüchtlingsaufnahme ausgegeben (2016 waren es nur ca. 3 Prozent gewesen). Die bilaterale Hilfe (direkte Hilfe an andere Staaten, d. h. EZ und humanitäre Hilfe, ohne Beiträge an internationale Organisationen) sank zwischen 2019, als sie mit 10,1

28 Der in der deutschen militärischen und politischen Fachsprache mittlerweile übliche Begriff Vollinvasion leitet sich aus dem englischen militärischen Begriff *full-scale invasion* ab und bezeichnet die Invasion eines Landes mit dem Ziel, es vollständig zu besetzen – in Abgrenzung zu einer Invasion, die (wie die illegale Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim und von Teilen der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk durch Russland im Jahre 2014) nur die Kontrolle über ein Teilgebiet zum Ziel hat.

29 ICAI (Anm.25).

30 ICAI (Anm.25).

31 ICAI (Anm.25).

32 Philip Loft und Philip Brien (Anm.2).

Mrd. GBP (67 Prozent der Gesamt-ODA) ihren historischen Höchststand erreicht hatte, und 2023 um 42 Prozent bzw. 4,2 Mrd. GBP.³³

2023 erhöhte sich zwar der Gesamtetat für ODA-Ausgaben, abermals stiegen aber die Kosten und der Anteil für die Aufnahme von Flüchtlingen, wodurch das Budget für die eigentliche EZ und humanitäre Hilfe sich kaum veränderten. Im selben Jahr kündigte der Entwicklungsminister Andrew Mitchell (Tories) eine Erhöhung der Entwicklungsausgaben, und zwar durch Erhöhung der Mittel für bilaterale Hilfen, für das Haushaltsjahr 2024/2025 an. Im Wahlkampf versprach die oppositionelle Labour-Partei die Rückkehr zur 0,7-Prozent-Vorgabe.

Nach Labours Wahlsieg relativierte die neue Regierung dies jedoch wieder und blieb bei 0,5 Prozent ODA. Dies wurde mit stark gestiegenen Verteidigungsausgaben aufgrund der wachsenden Bedrohung Europas durch Russland sowie weiteren fiskalischen und politischen Zwängen (u.a. Finanzierung von sozialen Maßnahmen) begründet.³⁴ Allerdings wurden die Ausgaben für Flüchtlinge gesenkt, wodurch der Anteil der bilateralen Hilfen an der Gesamt-ODA tatsächlich wieder leicht anstieg.

Für 2024 und 2025 versprach Entwicklungsministerin Anneliese Dodds (Labour) einen Anstieg der ODA, eine Senkung der Kosten für Flüchtlinge und somit erhöhte Mittel für bilaterale Hilfen.³⁵ Sie veranschlagte in einer Unterrichtung an das Parlament vom 6. Februar 2025 eine vorläufige Gesamtsumme von rund 9,3 Mrd. GBP (10,76 Mrd. Euro) für die britische EZ und humanitäre Hilfen (ohne Kosten für Flüchtlingsaufnahme) und schlüsselte darin auch die geplanten Beträge für einzelne Länder, Programme, multilaterale Organisationen usw. auf. Endgültige Angaben kündigte sie für „den Sommer 2025“ an; im Rahmen der Recherche konnten diese nicht ausfindig gemacht werden.

Drei Wochen nach der Unterrichtung des Parlamentes durch Dodds kündigte Premierminister Keir Starmer an, die **Höhe der britischen ODA bis 2027 auf 0,3 Prozent des BNE zu senken**, um höhere Verteidigungsausgaben finanzieren zu können.³⁶ Daraufhin trat Anneliese Dodds von ihrem Amt zurück, da sie die Entscheidung nicht mittragen wollte.³⁷

33 ICAI (Anm.25).

34 Philip Loft und Philip Brien (Anm.2).

35 UK Parliament, Foreign, Commonwealth and Development Office Official Development Assistance (ODA) programme allocations, 2024-25, 6. Februar 2025, <https://questions-statements.parliament.uk/written-statements/detail/2025-02-06/hcws421> (zuletzt abgerufen am 31. Juli 2025).

36 Philip Loft und Philip Brien, UK to reduce aid to 0.3% of gross national income from 2027, House of Commons Library, 28. Februar 2025, <https://commonslibrary.parliament.uk/uk-to-reduce-aid-to-0-3-of-gross-national-income-from-2027/> (zuletzt abgerufen am 31. Juli 2025).

37 Kiran Stacey, Anneliese Dodds: soft-left intellectual pushed to resign over Starmer's slide right, Guardian am 28. Februar 2025, <https://www.theguardian.com/politics/2025/feb/28/anneliese-dodds-soft-left-intellectual-pushed-to-resign-over-starmers-slide-right> (zuletzt abgerufen am 20. August 2025).

2.2.3. Auswirkungen der Mittelkürzungen für britische ODA und EZ

Das FCDO selbst hat im Juli 2025 eine **Folgenabschätzung der Mittelkürzungen** bzw. der Reduzierung der ODA-Quote **im Hinblick auf den Abbau von Ungleichheiten** [*equalities*, ein in diesem Kontext sehr weitgefasster Begriff] veröffentlicht.³⁸ Für andere Aspekte der britischen ODA existiert eine solche Bewertung bislang nicht.

Nicht von den Kürzungen betroffen ist grundsätzlich die ODA für die Ukraine, Gaza, die britischen Überseegebiete, den Sudan, die humanitäre Hilfe, Forschungsprogramme sowie die **multi-lateralen** Maßnahmen bzw. Zahlungen (etwa an die VN-Organisationen oder die Weltbank) zum Kampf gegen Korruption, Klimawandel, Instabilität, globale Gesundheit sowie Gewalt gegen Frauen. Alle dies wurde vom britischen Finanzministerium (*HM Treasury*) von finanziellen Kürzungen ausgenommen und vom FCDO teils priorisiert.

Folgende **negative Auswirkungen** bei den bilateralen Maßnahmen werden u. a. identifiziert:

- **Frauen, Frieden und Sicherheit:** Eine Kürzung von 25 Prozent beim zentral geführten Programm für Frauen, Frieden und Sicherheit hat zur Folge, dass insgesamt 50 weniger Frauenorganisationen für Friedensaufbau (*peacebuilding*) in fragilen oder konfliktbetroffenen Staaten unterstützt werden. Die verbleibenden Mittel werden prioritär für die Unterstützung von Frauenrechtsorganisationen in bestimmten Konfliktstaaten, v. a. der Ukraine, dem Sudan und in Syrien eingesetzt.
- **Bildung:** während des laufenden Haushaltsjahres sind Kürzungen in Äthiopien, Sierra Leone, Nigeria und Simbabwe vorgesehen, und ein Mädchenbildungsprogramm in der Demokratischen Republik Kongo (Democratic Republic of the Congo, DRC) wird vorzeitig beendet. Negative Auswirkungen auf Kinder sind wahrscheinlich, eingeschlossen Kinder in besonders vulnerablen Gruppen. Beispielsweise wird das Ende des Programms in der DRC 17.000 Kinder in der *post-conflict*-Region Kasai betreffen.
- **Gesundheit:** Die Ausgaben werden in diesem Bereich vor allem in Afrika reduziert. Die Bereiche Frauengesundheit, Stärkung von Gesundheitssystemen sowie Stärkung der Reaktionsfähigkeit bei medizinischen Notlagen werden z.B. in der DRC, Simbabwe, Mosambik, und Äthiopien deutliche Einschnitte erfahren. Die Ausgaben für einige Programme, die sich an Frauen und Kinder wenden, für WASH³⁹ sowie Ernährungssicherheit werden ebenfalls schrumpfen. Die technische Zusammenarbeit mit elf Partnerländern im Rahmen des Ending Preventable Deaths Support Programme wird sich verringern und

38 Foreign, Commonwealth and Development Office, Equality impact assessment of Official Development Assistance (ODA) programme allocations for 2025 to 2026, 22. Juli 2025, <https://www.gov.uk/government/publications/fcdo-official-development-assistance-programme-allocations-2025-to-2026-equality-impact-assessment/equality-impact-assessment-of-official-development-assistance-oda-programme-allocations-for-2025-to-2026> (zuletzt abgerufen am 20. August 2025).

39 WASH: Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung. Siehe Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung (WASH), 13. Juni 2024, <https://www.bmz.de/de/themen/wasser/wasser-sanitaer-und-hygieneversorgung-wash> (zuletzt abgerufen am 26. August 2025).

Einzelmaßnahmen darin werden priorisiert. Das FCDO sagt hier selbst explizit: „Im Allgemeinen erhöhen alle Kürzungen bei den Gesundheitsausgaben das Risiko steigender Krankheitszahlen und schließlich auch vorzeitiger Todesfälle, wobei jene, die in Armut leben, Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen ganz besonders betroffen sind.“⁴⁰

- **Sozialschutz:** Das „Hunger Safety Net“ in Kenia wird seine Kapazitäten reduzieren, was die davon bislang profitierenden armen, vulnerablen und marginalisierten Haushalte bzw. Gruppen negative betreffen wird.
- **Programmbeendigungen:** Mindestens 13 existierende oder geplante Programme werden beendet bzw. nicht implementiert. Davon waren elf auf die Beseitigung von Ungleichheiten fokussiert. Weitere Programme könnten folgen. Die 13 Programme waren aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung, Regierungsführung, Sozialschutz und Klimaschutz.

2.3. Vereinigte Staaten von Amerika

Bis 2025 waren die USA über Jahrzehnte das wichtigste Geberland der Welt. Sowohl bei EZ als auch humanitärer Hilfe – beides vorrangig verwaltet von der Behörde USAID – lagen die Vereinigten Staaten jahrzehntelang auf Platz 1. Übertroffen werden die USA nur rein rechnerisch, wenn man die ODA aller EU-Staaten addiert.⁴¹

Zwar haben die USA keine ausdrücklich bevorzugten Partnerländer für ihre EZ, doch sind bzw. waren es vor allem die Länder Afrikas südlich der Sahara, denen ein Gutteil der jährlichen Mittel (von 2015 und 2024 zwischen 24-35 Prozent) zugutekam.⁴² Andere besonders geförderte Regionen der letzten Jahrzehnte waren Südasien (vor allem Bangladesch und Afghanistan) sowie der Nahe Osten (Jemen und Gaza). Die Bedeutung Lateinamerikas für die amerikanische EZ schwankte über die Jahrzehnte und war mal größer, mal geringer.

Historisch gesehen, waren die USA nicht nur stets das größte Geberland, sondern maßgeblicher Ideengeber für die internationale Zusammenarbeit der Industriestaaten hinsichtlich der Entwicklungshilfe. Die USA waren Initiator der Gründung des Entwicklungshilfeausschusses (*Development Assistance Committee*, DAC) der OECD, dem wichtigsten Forum von Geberländern, das

40 Im engl. Original: „Overall, any reductions to health spending risk an increase in disease burdens and ultimately in deaths, impacting in particular those living in poverty, women, children and people with disabilities.“ (Übersetzung durch den Verfasser).

41 Éric Pichon, Györgyi Mácsai und Samy Chahri, Cuts in development assistance, Forschungsdienst des Europäischen Parlamentes, März 2025, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2025/769540/EPRS_ATA\(2025\)769540_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2025/769540/EPRS_ATA(2025)769540_EN.pdf) (zuletzt abgerufen am 11. August 2025).

42 Alle Angaben dieses und der beiden folgenden Absätze, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt: Donor Tracker, At a glance: US, 2025, https://donortracker.org/donor_profiles/united-states (zuletzt abgerufen am 8. August 2025).

insbesondere die Definitionen und Kriterien für ODA festlegt.⁴³ Die USA prägten somit Institutionen der EZ wie auch den internationalen Diskurs. Überdies nahmen sie meist eine Führungsrolle bei neuartigen Herausforderungen für Entwicklungsländer ein, z. B. beim Kampf gegen HIV und die aus HIV resultierende Immunschwächekrankheit AIDS.

Die Haushaltsmittel der amerikanischen ODA bzw. EZ und humanitären Hilfe sind kein eigener Posten im Bundeshaushalt, sondern Teil des sogenannten *federal international affairs budget* (Haushalt der auswärtigen Angelegenheiten des Bundes, in der haushalterischen Fachterminologie der USA *Function 150* oder *IAB*) innerhalb des Teilhaushaltsgesetzes SFOPS Bill (*State Department, Foreign Operations and Related Programs Appropriations Act*)⁴⁴, das den weitaus größten Teil aller irgendwie „auswärtigen“, zivilen Ausgaben der Vereinigten Staaten regelt.

In den vergangenen zehn Jahren hat die offizielle US-Auslandshilfe – sowohl im Bereich der humanitären Hilfe als auch der Entwicklungszusammenarbeit – eine Entwicklung mit sowohl Steigerungen als auch deutlichen Kürzungen erlebt.

Zwischen 2015 und 2022 stiegen die US-Ausgaben für Auslandshilfe im Allgemeinen an und erreichten 2023 einen Höchststand: im Haushaltsjahr 2023 belief sich die insgesamt ausgezahlte US-ODA auf knapp 66 Mrd. USD.⁴⁵ Hinzu kamen weitere Auslandshilfen insbesondere in Form von Unterstützungsleistungen an die Ukraine, so dass die USA im Jahre 2023 Geld und Sachmittel in Höhe von fast 72 Mrd. USD ans Ausland zahlten; im Vorjahr sogar 74 Mrd. USD.⁴⁶

Insbesondere die humanitäre Hilfe der USA erhöhte sich bis 2023 weiter und glich damit nicht nur Rückgänge anderer Geber aus – die USA steuerten fast 42 Prozent aller von den OECD-Staaten geleisteten humanitären Hilfe weltweit bei.⁴⁷ Dadurch erreichte die weltweite humanitäre ODA ein Rekordniveau – ein Anstieg von 66 Prozent gegenüber 2015.⁴⁸

43 Helmut Führer, The Story of Official Development Assistance, S.11-15, OECD 1994, [https://one.oecd.org/document/OCDE/GD\(94\)67/en/pdf](https://one.oecd.org/document/OCDE/GD(94)67/en/pdf) (zuletzt abgerufen am 11. August 2025).

44 U.S. Congress, H.R.8771 - Department of State, Foreign Operations, and Related Programs Appropriations Act, 2025, <https://www.congress.gov/bill/118th-congress/house-bill/8771/text> (zuletzt abgerufen am 12. August 2025).

45 OECD, ODA Levels in 2023 – preliminary data: Detailed summary note, S. 7, 20. November 2024, [https://one.oecd.org/document/DCD\(2024\)31/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD(2024)31/en/pdf) (zuletzt abgerufen am 4. August 2025).

46 Drew Desilver, What the data says about U.S. foreign aid, Pew Research Center am 6. Februar 2025, <https://www.pewresearch.org/short-reads/2025/02/06/what-the-data-says-about-us-foreign-aid/> (zuletzt abgerufen am 4. August 2025).

47 Patryk Kugiel, U.S. Suspension of Development Aid Has Serious Global Consequences, Polski Instytut Spraw Międzynarodowych (PISM) am 6. März 2025, <https://pism.pl/publications/us-suspension-of-development-aid-has-serious-global-consequences> (zuletzt abgerufen am 5. August 2025).

48 Alice Obrecht und Mike Pearson, What new funding data tells us about donor decisions in 2025, The New Humanitarian am 17. April 2025, <https://www.thenewhumanitarian.org/analysis/2025/04/17/what-new-funding-data-tells-us-about-donor-decisions-2025> (zuletzt abgerufen am 11. August 2025).

Ab 2024 und vor allem Anfang 2025 kam es allerdings zu drastischen Kürzungen. Der amerikanische Präsident Donald Trump verhängte ab Januar 2025 (tatsächlich am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit) einen 90-tägigen Ausgabestopp für Auslandshilfe und beendete bis März 2025 mehr als 80 Prozent der Programme der US-Entwicklungsbehörde USAID.⁴⁹ Begründet wurde dies durch Trump und den südafrikanisch-kanadischen Milliardär Elon Musk mit einer angeblichen Korruptiertheit USAIDs; sowohl die Behörde als auch die von ihr unterstützten Maßnahmen und Projekte seien „Betrug“ oder gar Teil einer Verschwörung zum Schaden der USA. Die *foreign aid* nütze den USA nichts, koste aber Milliarden an Steuergeldern, die es einzusparen gelte. USAID selbst wurde bis auf wenige Planstellen reduziert und existiert kaum noch. Durch die faktische Schließung wurden sowohl bilaterale als auch multilaterale Hilfszusagen massiv reduziert (mehr dazu s. u.). Zuletzt wurde **am 13. August 2025 eine Klage** mehrerer Hilfsorganisationen gegen das Einfrieren bzw. die Streichung der Mittel vom Berufungsgericht des Gerichtsbezirks District of Columbia **abgewiesen**.⁵⁰

Die auf die ODA anrechenbaren auswärtigen Kosten der USA haben bzw. hatten bis zu diesen Kürzungen einige klar identifizierbare **Schwerpunkte**. Bei der EZ ist dies der **Sektor Gesundheit**. Hier waren die USA bis zu ihrem Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation WHO im Januar 2025 und dem Ende der Zahlungen an das weltweite Impf-Bündnis Gavi der größte multilaterale Geber der Welt. Ebenso waren die USA führender Geber bei der bilateralen EZ und der humanitären Hilfe im Gesundheitsbereich. Der andere Schwerpunkt der zivilen amerikanischen *foreign aid* ist die **humanitäre Hilfe**, vor allem bei Naturkatastrophen und Hungersnöten. Hierbei ist zu beachten, dass diese sogenannte *emergency response* von den jüngsten Kürzungen **nicht so stark betroffen ist wie andere Sparten der *foreign aid***, da sie unter anderem durch bestimmte Gesetze geschützt wird sowie eine breite parteiübergreifende Unterstützung im Kongress genießt. Ein weiterer Schwerpunkt der USA war stets die EZ, die sich mit dem **Ausbau der Nahrungsmittelsicherheit** (z. B. durch Förderung der Landwirtschaft) befasst. **Dieser Sektor ist durch die Kürzungen vom Frühjahr 2025 sehr stark betroffen**. Ein weiterer Schwerpunkt ist der **Bereich Bevölkerungswachstum und *reproductive health***, was unter anderem Müttergesundheit, Familienplanung, Verhütung und ggf. Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen umfasst. **Wie alle Bereiche und EZ-Maßnahmen, in denen der Genderaspekt besonders stark hervortritt, ist auch dieser stark von den von der Trump-Administration bzw. der republikanischen Mehrheit im Kongress vorgenommenen Kürzungen betroffen**.

Hierbei wird deutlich, dass die Kürzungen bzw. inhaltlichen Veränderungen der amerikanischen EZ **nicht allein aus Sparzwängen resultieren, sondern stark von politischen bzw. ideologischen Aspekten abhängen**. Dies zeigt vor allem bei Betrachtung eines von Präsident Donald Trump am 20. Januar 2025 unterzeichneten Präsidialdekretes und der daraus resultierenden Folgen. In der ***Executive Order 14169 „Reevaluating and Realigning United States Foreign Aid“*** (Neubewertung und Neuausrichtung der Auslandshilfen der Vereinigten Staaten) wird die Bundesverwaltung angewiesen, die amerikanische *foreign aid* (d. h. ODA, aber auch Militärhilfen z. B. für die

49 Sebastian Haug, Anna Novoselova und Stephan Klingebiel, Trump’s Assault on Foreign Aid, S.7-9, IDOS 4/2025, https://www.idos-research.de/fileadmin/user_upload/pdfs/publikationen/discussion_paper/2025/DP_4.2025.pdf (zuletzt abgerufen am 11. August 2025).

50 Fatma Tanis, President Trump can continue to withhold billions in foreign aid, court rules, NPR am 13. August 2025, <https://www.npr.org/sections/goats-and-soda/2025/08/13/nx-s1-5501666/trump-administration-foreign-aid> (zuletzt abgerufen am 14. August 2025).

Ukraine) daraufhin zu überprüfen, ob sie im Einklang mit der Außenpolitik des Präsidenten der USA stehe.⁵¹ Zu diesem Zweck stoppte das Dekret sämtliche Hilfen der Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 90 Tagen, wobei es Außenminister Marco Rubio die Kompetenz einräumte, Ausnahmen hiervon zuzulassen. Diese Ausnahmen betrafen zunächst militärische Hilfen für Israel und Ägypten und dann alle Maßnahmen der humanitären Hilfe, die lebensrettende Medizin, medizinische Dienstleistungen, Nahrung, Unterkunft und Existenzsicherung bereitstellten.⁵² **Ausdrücklich nicht unter die Ausnahmegenehmigungen fallen Maßnahmen, die „Abtreibungen, Familienplanung [...] Gender oder DEI-Ideologie-Programme, geschlechtsangleichende Operationen und andere nicht lebensrettende Hilfeleistungen“** beinhalten.⁵³ Hier wird klar, dass die Streichungen bzw. die Ausnahmen davon zumindest teilweise stark von der derzeit bei den amerikanischen Republikanern vorherrschenden rechtspopulistischen Ideologie beeinflusst sind.

Nach Schätzungen der OECD könnten durch die amerikanischen Kürzungen die weltweite Entwicklungszusammenarbeitsgelder im Jahr 2025 um 9 bis 17 Prozent sinken.

Die Vereinigten Staaten werden nach den drastischen Kürzungen der Auslandshilfe im Jahr 2025 nicht mehr der größte Geber der Welt sein; es wird erwartet, dass sie nach Umsetzung aller Kürzungen von der größten Gebernation auf etwa Platz 12 abrutschen.⁵⁴

Während die USA zuvor fast 30 Prozent des weltweiten Hilfsbudgets bereitgestellt haben – ein Anteil, der von keinem anderen Land erreicht wurde –, sind diese **Kürzungen so gravierend, dass andere Gebernationen diese Lücke voraussichtlich nicht schließen werden können.**

-
- 51 Federal Register, Reevaluating and Realigning United States Foreign Aid, Executive Order 14169, 20. Januar 2025, <https://www.federalregister.gov/documents/2025/01/30/2025-02091/reevaluating-and-realigning-united-states-foreign-aid/h-1> (zuletzt abgerufen am 13. August 2025).
- 52 U.S. Department of State, Emergency Humanitarian Waiver to Foreign Assistance Pause, 28. Januar 2025, <https://www.state.gov/emergency-humanitarian-waiver-to-foreign-assistance-pause> (zuletzt abgerufen am 12. August 2025).
- 53 Im engl. Original: „abortions, family planning, [conferences, administrative costs other than those covered by 1(a) above], gender or DEI ideology programs, transgender surgeries, or other non-life saving assistance.“ U.S. Department of State (Anm. 35); Übersetzung durch den Verfasser. **DEI steht für Diversity, Equity and Inclusion, d. h. Vielfalt, Chancengleichheit und Inklusion**, und ist in den USA ein von Republikanern und Libertären oft benutzter politischer Kampfbegriff. Er kann alle möglichen „liberalen“ oder „linken“ Vorstellungen, Maßnahmen und Programme umfassen, z. B. Versuche, die Chancen von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen zu verbessern (beispielsweise durch bevorzugte Vergabe von Studienplätzen an schwarze Studentinnen und Studenten, oder auch schlicht dem gesetzlichen Verbot der Diskriminierung von Arbeitnehmern aufgrund ihrer Abstammung, ihrer sexuellen Identität usw.). Insbesondere für die extreme Rechte der USA ist DEI mittlerweile kaum verhohlen ein Codewort für Nichtweiße, Nichtheterosexuelle usw., denen angeblich aus rein ideologischen Gründen der Vorzug vor Weißen gegeben werde, wodurch Rassismus, Homophobie und andere Arten von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zum „Widerstand gegen DEI-Ideologie“ stilisiert werden. Beispielsweise wurde die Entlassung hochrangiger schwarzer Offiziere und Offizierinnen durch Verteidigungsminister Peter Hegseth von republikanischen Meinungsmachern damit begründet, dass sie „DEI hires“ (sinngemäß „nur wegen ihrer Hautfarbe auf dem Posten“) gewesen seien. Siehe Ashifa Kassam, What is DEI and why is Trump opposed to it?, Guardian am 24. Januar 2025, <https://www.theguardian.com/us-news/2025/jan/24/diversity-backlash-what-is-dei-and-why-is-trump-opposed-to-it> sowie Trump fires Black joint chiefs chair Hegseth accused of promoting diversity, Guardian am 22. Februar 2025, <https://www.theguardian.com/us-news/2025/feb/21/trump-hegseth-joint-chiefs-cq-brown-jr> (zuletzt abgerufen am 13. August 2025).
- 54 Donor Tracker (Anm.42).

Europäische Länder, die als wahrscheinlichste Kandidaten für die Führungsrolle gelten, kürzen selbst ihre Hilfen.

Wer nach diesen Änderungen die größten Gebernationen sind, hängt von den exakten Auszahlungsdaten ab. Voraussichtlich werden die folgenden Länder die größten Geber sein:

- Deutschland
- Frankreich
- Japan
- Großbritannien.⁵⁵

Da jedoch praktisch alle wichtigen traditionellen Geberländer ihre Entwicklungshilfe 2025 reduzieren – mit einem **global prognostizierten Rückgang von über 31 Mrd. USD** – wird kein einzelnes Land oder eine Ländergruppe, die durch den Rückzug der USA entstehende Lücke schließen können.

Darüber hinaus ist auch die Abruptheit des Wegfalls der amerikanischen Mittel ein großes Problem, da sie anderen Geberländern und auch den Empfängerländern keine Zeit lässt, ausgleichende oder zumindest mildernde Maßnahmen zu treffen. Auch sind die amerikanischen Kürzungen kaum gezielt, sondern betreffen so gut wie alle Bereiche der amerikanischen EZ. Prognosen über die Auswirkungen sind daher zugleich einfach und schwierig: die unmittelbare Folge für nun nicht mehr finanzierte Projekte und Maßnahmen wird in der Regel deren Ende oder deutliche Verringerung sein. Was dies wiederum mittel- und langfristig für die betroffenen Staaten bzw. Menschen bedeutet, lässt sich schwieriger abschätzen. Solche Folgen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, die sich von Land zu Land sowie Sektor zu Sektor unterscheiden.

3. Folgen der Kürzungen der amerikanischen Entwicklungshilfegelder

Im Folgenden werden auf die Kürzungen der amerikanischen EZ-Mittel zurückzuführende Konsequenzen dargelegt, und zwar, wie eingangs geschrieben, anhand des Bereiches HIV-Prävention und Kampf gegen AIDS sowie des Empfängerlandes Liberia.

3.1. Kampf gegen HIV und AIDS

Wie oben ausgeführt, sieht das US-Außenministerium hinsichtlich der EZ-Mittel ausdrücklich keine Ausnahmen für die Bereiche Familienplanung, „Gender- und DEI-Ideologie“ sowie geschlechtsangleichende Operationen vor.

Dies betrifft insbesondere den Kampf gegen die Verbreitung von HIV und die Behandlung der durch den HI-Virus ausgelösten Immunschwächekrankheit AIDS. **Jahrzehntlang hatten die USA**

55 Donor Tracker (Anm.4).

fast drei Viertel aller internationalen Mittel für den Kampf gegen HIV und AIDS in Ländern geringen und mittleren Einkommens bereitgestellt.⁵⁶ In keinem anderen Bereich ist bzw. war die Unterstützung durch die USA so essentiell wichtig.

Da HIV zwischen Erwachsenen in erster Linie sexuell übertragen wird, sind Kondome neben den seit ca. zehn Jahren auch in Entwicklungsländern verfügbaren Prä-Expositionsprophylaxe-Medikamenten (PrEP)⁵⁷ sowie den im Fall eines Risikokontaktes kurzfristig anwendbaren Medikamenten zur Post-Expositions-Prophylaxe (PEP)⁵⁸ das wichtigste Mittel, um Infektionen zu verhindern. Im Falle einer Infektion ist es möglich, durch Einnahme von Medikamenten das Virus so stark zu unterdrücken, dass die HIV-positiven Menschen nicht mehr ansteckend sind, nicht mehr an AIDS erkranken und ein normales Leben mit normaler Lebenserwartung führen können. Unabdingbar ist jedoch erst einmal die Aufklärung über HIV und AIDS sowie das regelmäßige Testen, um eine Infektion überhaupt zu erkennen. Hinzu kommt die Zugänglichmachung bzw. Verteilung von Kondomen und die Aufklärung über deren Benutzung als der besten nicht-medikamentösen Methode, um Infektionen zu verhindern, wobei hier aber auch der aus Sicht der amerikanischen Regierung nunmehr unstatthafte Aspekt der Familienplanung hinzutritt. Einer der häufigsten Übertragungswege vor allem in Subsahara-Afrika ist die von der Mutter zu ihrem Kind.⁵⁹ Die Aufklärung über HIV und AIDS erfolgt in der Regel im Rahmen von genereller Aufklärung über Sex, Verhütung, Schwangerschaft, Geburt und eben Familienplanung. Alle diese Maßnahmen sind nun grundsätzlich von den Kürzungen betroffen, weil „Familienplanung“ von den amerikanischen Republikanern mit Schwangerschaftsabbruch assoziiert wird.⁶⁰

Ebenso geht es den „DEI“- und „Gender“-Maßnahmen, d. h. oft gerade jenen, die sich zielgerichtet an besonders gefährdete Menschen richten. Neben weiblichen, männlichen und transgener Prostituierten sind es zum einen Männer, die Sex mit Männern haben sowie transgener Menschen, die über HIV und AIDS aufgeklärt werden sollten, da bei ihnen das Risiko einer Ansteckung erhöht ist. Da vor allem die beiden letzten Gruppen aus Sicht der derzeitigen amerikanischen Regierung unter das Rubrum „DEI“ fallen, unterliegen EZ-Maßnahmen, die sich gezielt an sie wenden, automatisch dem Finanzierungsstopp.

56 Keith Alcorn, US funding cuts cause immediate drops in numbers testing and on HIV treatment, Aidsmap am 21. Juli 2025, <https://www.aidsmap.com/news/jul-2025/us-funding-cuts-cause-immediate-drops-numbers-testing-and-hiv-treatment> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

57 Deutsche Aidshilfe, HIV-PrEP, 2025, <https://www.aidshilfe.de/de/hiv-prep> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

58 Deutsche Aidshilfe, PEP, 2025, <https://www.aidshilfe.de/medien/md/infomappe-beratung/pep/> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

59 Armelle Nyobe, Facts and figures on mother-to-child transmission in sub-Saharan Africa, African Constituency Bureau am 17. Dezember 2021, <https://www.africanconstituency.org/facts-and-figures-on-mother-to-child-transmission-in-sub-saharan-africa/> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

60 An Unhealthy Obsession — The Cruelty Behind Cuts to Family Planning Programs Proposed by the Trump Administration and House Republicans, PAI am 25. Juni 2025, <https://pai.org/resources/an-unhealthy-obsession-the-cruelty-behind-cuts-to-family-planning-programs-proposed-by-the-trump-administration-and-house-republicans/> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

Dies führte z. B. zur **Schließung mehrerer Kliniken in Indien, die sich mit Unterstützung durch USAID um die spezifischen Belange von Hijras kümmerten**. Die Hijras sind eine Community mit jahrhundertalter Geschichte, die nach westlichen Maßstäben wohl als Transgender identifiziert würden, in Indien und Pakistan aber offiziell als drittes Geschlecht anerkannt werden.⁶¹ Sie spielen in vielen Teilen Südasiens bestimmte zeremonielle und kulturelle Rollen, sind als gesellschaftliche Gruppe aber sozial marginalisiert, leben oft in Armut und verdienen sich den Lebensunterhalt häufig auch mit Prostitution. Diese Faktoren erhöhen das HIV-Risiko der Hijras. Aufklärungsarbeit und medizinische Versorgung, die sich direkt an Hijras wenden, sind aus Sicht der derzeitigen amerikanischen Regierung „DEI“ und damit automatisch von der Finanzierung durch die USA ausgeschlossen.

Deswegen mussten bereits im März 2025 drei Kliniken für Hijras bzw. Transgender in Hyderabad, Thane und Pune schließen.⁶² Es waren die ersten medizinischen Einrichtungen in Indien, die sich auf die medizinische Versorgung dieser Gruppen spezialisiert hatten. Die Kliniken waren im Rahmen des amerikanischen HIV-Bekämpfungsprogramms PEPFAR (s. u.) gegründet und von USAID finanziert worden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken sowie Mitglieder der betroffenen Community bezeichnen die Schließungen als schweren Schlag, insbesondere im Hinblick auf die Prävention von HIV-Infektionen und die Versorgung HIV-positiver Hijras und Transgender. Die drei Kliniken versorgten ca. 6.000 Menschen, von denen sechs bis acht Prozent wegen einer HIV-Infektion behandelt wurden. Die Kliniken hatten jeweils ca. 2.900 USD im Monat, also einen vergleichsweise sehr geringen Betrag, von USAID erhalten. Verglichen mit vielen anderen humanitären und EZ-Projekten war die Effektivität und Effizienz der Unterstützung – weniger als 10.000 USD pro Monat für die zielgerichtete und teils lebensnotwendige medizinische Versorgung einer marginalisierten Gruppe – ausgesprochen hoch.

Auch in anderen Staaten bzw. **global sind die drastischen Kürzungen der amerikanischen Mittel ein schwerer Schlag für den Kampf gegen HIV und AIDS** – so sehr, dass die Vereinten Nationen ein eigenes Web-Portal über die Auswirkungen eröffnet haben.⁶³

Mit Stand April 2025 waren die Konsequenzen in vielen Ländern bereits deutlich spürbar.⁶⁴ Beispielsweise gaben in **Vietnam** insgesamt 92 früher von USAID unterstützte Einrichtungen insgesamt ca. 71 Prozent der im Land verteilten PrEP-Medikamente aus und sind nun in ihrem Fortbestand gefährdet. In **Mosambik** (dessen Maßnahmen zur HIV/AIDS-Bekämpfung **zu zwei Dritteln von den USA finanziert** wurden) reduzierten sich die Kapazitäten vieler Einrichtungen, die HIV-

61 Zu Geschichte und Gegenwart der Hijras in Südasiens siehe Peer Bruch, Hijras – Das dritte Geschlecht, Südasiens.info am 23. Januar 2006, <http://www.suedasien.info/analysen/683.html>. Zur aktuellen rechtlichen Situation siehe Judith Fetsch, Weder Frau noch Mann, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2025, <https://www.rosalux.de/news/id/40416/weder-frau-noch-mann> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

62 Imran Qureishi und Cherylann Mollan, USAID cuts shutter India's first clinic for transgender people, BBC am 3. März 2025, <https://www.bbc.com/news/articles/c62zvlqgqzdp> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

63 UNAIDS, Impact of US funding cuts on global AIDS response, 2025, <https://www.unaids.org/en/impact-US-funding-cuts> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

64 Alle Informationen, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt: UNAIDS, Impact of US funding cuts on the global AIDS response – Weekly update April 8 2025, <https://www.unaids.org/sites/default/files/2025-04/20250408-USstop-sitrepre.pdf> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

Tests für werdende Mütter und Neugeborene vornehmen. In **Burundi** sind ca. 86 Prozent der schätzungsweise 88.000 HIV-positiven Menschen von den Einschnitten betroffen. In **Bangladesch** wurden Programme, die zielgerichtet Mädchen und Frauen mit dem Nutzen von Kondomen vertraut machen, eingestellt. In **Indonesien** erhalten ca. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von community-basierten HIV/AIDS-Projekten keine finanzielle Unterstützung mehr. Zum Teil versuchen die lokalen Regierungen, die Einschnitte aufzufangen. In **Kenia** ging die finanzielle Unterstützung des gesamten Gesundheitssektors von 846 Mio. USD im Jahre 2024 auf nur noch 66 Mio. USD im Jahre 2025 zurück, was zu Schließungen von HIV-Kliniken geführt hat und bis zu einer Million HIV-positiver Menschen die medikamentöse Versorgung entzieht.⁶⁵ **Südafrika** will sich explizit bei seinen Partnern im BRICS-Format um die Kompensation der wegfallenden US-Mittel bemühen und versichert, dass seine Bürger nicht unter den finanziellen Ausfällen leiden werden. Im August 2025 wurde bekanntgegeben, dass Südafrika zusammen mit den amerikanischen Stiftungen Gates Foundation und Wellcome Trust die Finanzierung mehrerer HIV-Forschungseinrichtungen, deren Fortbestand durch die Kürzungen bedroht war, sicherstellen konnte.⁶⁶ Bei anderen Programmen sind die Auswirkungen bislang noch gering, da sie offenbar nicht unter die ideologischen Vorbehalte der derzeitigen amerikanischen Regierung fallen.

Für diese „ideologisch unverdächtigen“ Programme werden vom amerikanischen Außenministerium derzeit noch Ausnahmegenehmigungen vom Finanzierungsstopp erteilt. Auch existiert bislang das Programm **PEPFAR** als solches noch. Der **President's Emergency Plan for AIDS Relief** (Notfallplan des Präsidenten für AIDS-Hilfe) ist das **größte Gesundheitsprogramm zum Kampf gegen eine einzelne Krankheit, das je von einem Staat aufgelegt** wurde.⁶⁷ Seit Gründung im Jahre 2003 hat PEPFAR über 100 Mrd. USD ausgegeben und damit laut Angaben der amerikanischen Regierung über 25 Mio. Menschenleben gerettet, Millionen von Neuinfektionen verhindert und über 50 Partnerstaaten dabei unterstützt, die HIV-Epidemie unter Kontrolle zu bringen, in dem Aufklärungsarbeit geleistet, Kondome verteilt, Zugang zu Medikamenten für HIV-positive Menschen sowie zu PrEP geschaffen und (Stand 2024) insgesamt 342.000 medizinische Fachkräfte direkt unterstützt wurden. PEPFAR wird von insgesamt sieben amerikanischen Bundesministerien bzw. -behörden unter Federführung des Außenministeriums unterstützt. In einigen Staaten Afrikas – Malawi, Simbabwe und Mosambik – wird fast die gesamte Bekämpfung von HIV und AIDS durch PEPFAR finanziert bzw. geleistet.⁶⁸ Im Juni 2025 erklärte sich das Weiße Haus auf Druck des Senates dazu bereit, PEPFAR von den Kürzungen der *foreign aid* bzw. einem Gesetz,

65 Silja Fröhlich, How hard are USAID cuts hitting Africa's health care?, DW am 11. Mai 2025, <https://www.dw.com/en/how-hard-are-usaid-cuts-hitting-africas-health-care/a-72464620> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

66 South Africa and international partners allocate \$33 million to HIV research after US funding cuts, European AIDS Treatment Group am 15. Juli 2025, <https://www.eatg.org/hiv-news/south-africa-and-international-partners-allocate-33-million-to-hiv-research-after-us-funding-cuts/> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

67 Alle Informationen dieses Absatzes: What is PEPFAR?, hiv.gov, 2025, <https://www.hiv.gov/federal-response/pepfar-global-aids/pepfar> (zuletzt abgerufen am 14. August 2025).

68 Enrique Anarte Lazo, What's the impact of Trump's aid cuts on global HIV prevention?, Context am 17. Juli 2025, <https://www.context.news/socioeconomic-inclusion/whats-the-impact-of-trumps-aid-cuts-on-global-hiv-prevention> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

das mittels Aufhebung von Finanzierungszusagen (*rescissions*) Haushaltsmittel zurückzieht, auszunehmen.⁶⁹

Im Juli 2025 wurden jedoch laut einem Bericht der New York Times Pläne des Außenministeriums geleakt, denen zufolge PEPFAR umgebaut werden soll mit dem Ziel, in Entwicklungsländern Ausbrüche von Krankheiten, die „Amerikaner gefährden“ könnten, zu identifizieren und neue Absatzmärkte für amerikanische Pharmaunternehmen zu öffnen.⁷⁰ Zum einen **soll der Fokus von PEPFAR also nicht mehr auf HIV/AIDS** liegen, zum anderen soll die Grundidee, HIV/AIDS ohne Gegenleistung zu bekämpfen, aufgegeben werden und die **Hilfe der USA einen eher transaktionellen Charakter annehmen**.

Auf der 13. Konferenz zu HIV-Wissenschaft der International AIDS Society im Juli 2025 in Kigali (Rwanda) waren die Auswirkungen der Kürzungen von Beginn des Jahres bereits deutlich nachweisbar: In Mosambik, in dem ca. 2,2 Mio. Menschen HIV-positiv sind, war die Zahl der HIV-Tests zwecks Diagnose einer Infektion sowie der Bestimmung der Viruslast im Rahmen einer medikamentösen Therapie signifikant zurückgegangen und viele Therapien wurden unterbrochen oder gar nicht erst begonnen. Fachleute warnen, dass die Kürzungen der amerikanischen Mittel **nach den konservativsten Schätzungen bis 2030 zu ca. 83.000 HIV-Neuinfektionen mehr pro Jahr** führen werden, 15 Prozent mehr, als vor den Einschnitten zu erwarten gewesen wären.⁷¹ Die Zahl der AIDS-Toten werde sich um zehn Prozent, insgesamt 14.000 Menschen, erhöhen. Betroffen wären vor allem Kinder und andere vulnerable Gruppen. Mehr als 3,5 Mio. Menschen könnten den Zugang zu PrEP sowie Medikamenten zur Kontrolle des Virus verlieren.⁷²

Andere Forscher gehen für das Worst-Case-Szenario (einer vollständigen Einstellung von PEPFAR, ohne Ausgleich durch andere Geber oder nationale Regierungen) sogar von weit höheren Zahlen aus, nämlich **von bis zu 4,4 Mio. Neuinfektionen und bis zu 2,9 Mio. Toten bis 2030**.⁷³

69 Alexander Bolton, White House agrees to exempt PEPFAR from cuts, The Hill am 15. Juli 2025, <https://thehill.com/homenews/senate/5402273-white-house-accepts-pepfar-exemption/> (zuletzt abgerufen am 19. August 2025).

70 Kerry Cullinan, US Drafts Plan to Change PEPFAR's Focus From HIV to Diseases that Could Threaten Americans, Health Policy Watch am 27. Juli 2025, <https://healthpolicy-watch.news/us-officials-draft-plan-replaces-pepfar-with-bilateral-relationships/> (zuletzt abgerufen am 14. August 2025).

71 Keith Alcorn (Anm.56).

72 Enrique Anarte Lazo (Anm.68).

73 **Bei den Schätzungen gibt es eine breite Streuung**, da PEPFAR in so vielen Ländern mit jeweils anderen Ausgangssituationen aktiv ist und es so viele Wechselwirkungen zwischen einzelnen Maßnahmen gibt. **Die negativsten Prognosen treffen Fachleute jedoch konsistent für Subsahara-Afrika**, der am stärksten von HIV betroffenen Region der Welt, in der HIV in vielen lokalen Populationen quasi endemisch ist und nicht nur die „klassischen“ Risikogruppen, sondern weite Teile der Bevölkerung betrifft. Überdies fällt auf, dass sich die Schätzungen zwischen März und Juli 2025 kaum verbessert haben. Vgl. Global Health Policy, The Trump Administration's Foreign Aid Review: Status of PEPFAR, 23. Juli 2025, <https://www.kff.org/global-health-policy/fact-sheet/the-trump-administrations-foreign-aid-review-status-of-pepfar/> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

Bereits im März 2025 warnten Vertreter der VN vor Millionen von Toten durch die amerikanischen Kürzungen und davor, dass acht Staaten - Nigeria, Kenia, Lesotho, Südsudan, Burkina Faso, Mali, Haiti und die Ukraine – noch im laufenden Jahr ihre Vorräte an Medikamenten zur Prävention und Behandlung von HIV aufgebraucht haben würden.⁷⁴ WHO-Direktor Tedros Adhanom Ghebreyesus zufolge könnten **20 Jahre Fortschritt beim Kampf gegen HIV und AIDS zu-nichte gemacht** werden. Besonders hart treffen die Einschnitte Subsahara-Staaten.

3.2. Liberia

Gemessen am Anteil der amerikanischen Entwicklungsgelder am Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist **kein Land weltweit so stark von den Kürzungen betroffen wie Liberia**. Die Mittel wurden um 102,7 Mio. USD gekürzt, was ca. **2,6 Prozent des gesamten BIP** Liberias ausmacht.⁷⁵

Die wichtigsten Folgen im Überblick:

1) Gesundheitssektor⁷⁶

Die US-Hilfe – vor allem über USAID – finanzierte zuvor 48 Prozent des liberianischen Gesundheitsbudgets und unterstützte Malariabekämpfung, Mutter-Kind-Gesundheit, HIV/AIDS-Behandlung und Community-Health-Programme. Die Kürzungen führten dazu, dass Kliniken keine Medikamente und essenziellen Vorräte mehr haben, die Bezahlung von Gemeindefachkräften eingestellt wurde, Rettungswagen nicht mehr eingesetzt werden und insgesamt eine akute Krise der Basis- und Gemeindeggesundheitsversorgung droht. Mangelernährung und vermeidbare Krankheiten nehmen zu, da viele Menschen keinen Zugang mehr zu Vorsorge, Impfungen oder Behandlungen für häufige Krankheiten haben. Ungewollte Schwangerschaften nehmen zu, da vor allem auf dem Land keine Verhütungsmittel mehr zu bekommen sind.

2) Bekämpfung von Menschenhandel und Schutz vulnerabler Gruppen⁷⁷

Die Finanzierung der Programme gegen Menschenhandel wurde massiv gekürzt, und die liberianische Regierung kann die Lücke nicht schließen. Das jährliche Anti-Trafficking-Budget ist von 230.000 USD (2023) auf nur noch 40.000 USD (2025) gesunken – effektiver Schutz, Prävention und Strafverfolgung sind kaum noch möglich. Das Risiko für Kinderarbeit,

74 Imogen Foulkes und Alex Boyd, US cuts to HIV aid will cost millions of lives - UNAids chief, BBC am 24. März 2025, <https://www.bbc.com/news/articles/c4ge1xjrze7o> (zuletzt abgerufen am 18. August 2025).

75 Justin Sandefur und Charles Kenny, USAID Cuts: New Estimates at the Country Level, CGD – Center for Global Development am 26. März 2025, <https://www.cgdev.org/blog/usaids-cuts-new-estimates-country-level> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

76 Monika Pronczuk und Mark Mengonfia, As U.S. abruptly ends support, Liberia faces empty health clinics and unplanned pregnancies, AP am 8. Juli 2025, <https://apnews.com/article/liberia-trump-aid-cuts-pregnancy-contraceptives-1d8c16004f1740f1714071fa5a16397d> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

77 Anthony Stephens, Liberia: U.S. Aid Cuts Likely to Put More Liberians at Risk of Human Trafficking, Front Page Africa am 4. Juli 2025, <https://frontpageafricaonline.com/news/liberia-u-s-aid-cuts-likely-to-put-more-liberians-at-risk-of-human-trafficking/> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

Zwangsarbeit und Menschenhandel steigt, da gefährdete Gemeinden Unterstützung und Schutzmaßnahmen verlieren.

3) Bildung⁷⁸

USAID finanzierte seit Jahren Lehrerfortbildung, Stipendien sowie die Infrastruktur von Schulen. Viele Bildungsprogramme wurden eingestellt, die Zahl der Schulabbrecher steigt, und das öffentliche Schulsystem ist überlastet. Stipendienprogramme für besonders gefährdete Kinder wurden gestrichen und viele Schüler mussten die Ausbildung abbrechen. Darüber hinaus herrscht die Sorge, dass die USA ihre Beiträge an die Weltbank reduzieren oder gar einstellen könnten – neben den USA ist diese Institution der zweite essenziell wichtige Unterstützer des liberianischen Bildungssektor. Die USA steuern fast die Hälfte aller Mittel der Weltbank für die am wenigsten entwickelten Länder bei.

Über 25.000 Kinder könnten durch die Kürzungen keine Schulmahlzeiten mehr erhalten.⁷⁹ Gerade für die ärmsten Familien sind diese Mahlzeiten nicht nur eine große finanzielle Entlastung, sondern sichern ganz grundsätzlich die Ernährung ihrer Kinder.

4) Wirtschaftliche Folgewirkungen⁸⁰

Hunderte liberianische Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die auf USAID-Mittel angewiesen waren, haben Programme pausiert oder eingestellt, was zum Verlust von Arbeitskräften und damit von Einkommen geführt hat. Dies wiederum beeinträchtigt die Gesamtwirtschaft. Auch der „Abzug“ der amerikanischen Entwicklungshelfer selbst schlägt sich negativ nieder, da diese im liberianischen Kontext sehr wohlhabenden Konsumenten nun kein Geld mehr für Waren und Dienstleistungen ausgeben; der liberianischen Wirtschaft gehen also Einnahmen verloren.

5) Regierungsführung, staatliche Maßnahmen und Staatseinnahmen

Im Mai 2025 erklärte der Finanzminister Liberias, Augustine Kpehe Ngafuan, dass die staatlichen Ausgaben sich trotz des Wegfalls der amerikanischen Hilfen im geplanten Rahmen befänden und es vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen seien, die von den Kürzungen

-
- 78 Nemenlah Cyrus Harmon, Liberia: US Aid Cut Will Have Devastating Impact on Liberian NGOs and the Aid Economy, Says One Local NGO Head, Front Page Africa am 11. Februar 2025, <https://frontpageafricaonline.com/news/liberia-us-aid-cut-will-have-devastating-impact-on-liberian-ngos-and-the-aid-economy-says-one-local-ngo-head/> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).
- 79 Gibson Gee, Nearly 25,000 children could suffer hunger amid USAID aid cut, The Liberian Investigator am 3. März 2025, <https://liberianinvestigator.com/featured/nearly-25000-children-could-suffer-hunger-amid-usaid-aid-cut/> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).
- 80 Anthony Stephens und Allison Hunter, Liberia: Economy Deeply Hit by Aid Cuts as Jobs Are Lost and Local Businesses See Huge Drop in Income, Front Page Africa am 19. August 2025, <https://frontpageafricaonline.com/news/liberia-economy-deeply-hit-by-aid-cuts-as-jobs-are-lost-and-local-businesses-see-huge-drop-in-income/> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

betroffen seien.⁸¹ Dieser Rahmen ist jedoch schon bedeutend enger, weil die die Regierung mit einem Bündel an Sparmaßnahmen, wie der Reduzierung öffentlicher Ausgaben auf das Nötigste, auf den Wegfall der amerikanischen Hilfen reagierte. Überdies ist fraglich, ob die liberianische Regierung es wirklich schafft, den Wegfall ohne neue Mittel anderer Geber zu kompensieren, denn die amerikanischen Gelder machten einen wesentlichen Anteil am Staatshaushalt aus und dienten der Finanzierung wichtiger Vorhaben. Als Beispiel sei die auf sechs Jahre geplante „ARREST Agenda“ von Präsident Joseph Boakai genannt, deren Umsetzung nun massiv gefährdet ist. Die Agenda sollte die Entwicklung Liberias vorantreiben und das Land der Erfüllung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der VN näherbringen. Überdies gab es auch Programme von USAID, die gerade die Staatseinnahmen erhöhen sollten: beispielsweise sollte USAID 2025 insgesamt 17 Mio. USD für die Beratung der liberianischen Regierung in Fragen der Steuerpolitik ausgeben – dieses Vorhaben wurde explizit von Elon Musk auf X (vormals Twitter) erwähnt, als das von ihm seinerzeit geleitete „Department of Government Efficiency“ (DOGE) es am 10. Februar 2025 einstellte.⁸² Auch andere von USAID finanzierte Programme zur Reform des Steuerwesens zwecks Erhöhung der Staatseinnahmen und der Effizienzsteigerung sind zunächst eingefroren worden, wobei fraglich ist, ob sie je umgesetzt werden können.⁸³

Zusammengefasst haben die US-Hilfskürzungen 2025 in Liberia zu Rückschritten bei humanitärer Versorgung, wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Stabilität geführt, insbesondere für gefährdete Gruppen. Das Land steht vor neuen Herausforderungen für seine Erholung und Zukunftssicherung.

4. Fazit

Nach dem die Etats für ODA im Allgemeinen sowie zum Teil auch für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Deutschland, Großbritannien und den USA im langjährigen Durchschnitt eine Tendenz nach oben zeigten, gab es ab dem Jahr 2024 eine deutliche Absenkung bei den beiden ersten Ländern und ab 2025 einen sehr drastischen Rückgang bei den Vereinigten Staaten.

Die Einschnitte in Großbritannien und Deutschland sind in erster Linie auf gestiegene Verteidigungsausgaben angesichts der wachsenden Bedrohung der europäischen Sicherheit durch

81 Ngafuan assures public of budget stability despite aid cuts, The Liberian Investigator am 12. Mai 2025, <https://liberianinvestigator.com/featured/ngafuan-assures-budget-stability-despite-usaid-cuts/> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

82 „Among many other things, @DOGE today canceled a \$17M project to provide tax policy advice to Liberia. Why would anyone think that this is a good use of YOUR tax money? 🙄“, Elon Musk am 10. Februar 2025 auf der Plattform X, <https://x.com/elonmusk/status/1889001586480894332?lang=de> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

83 Gerald G. Koinyeneh, Liberia: Finance Minister Ngafuan Acknowledges U.S. Aid Cut Impact, Outlines Gov't's Alternative Plans, Front Page Africa am 20. Februar, <https://frontpageafricaonline.com/news/liberia-finance-minister-ngafuan-acknowledges-u-s-aid-cut-impact-outlines-govts-alternative-plans/> (zuletzt abgerufen am 21. August 2025).

Russland zurückzuführen. Den Kürzungen der USA liegen zwar laut Aussage von amerikanischen Politikerinnen und Politikern wie Donald Trump und Unternehmern wie Elon Musk ebenfalls Sparzwänge und höhere Ausgaben in anderen Bereichen zugrunde, es lassen sich jedoch auch eindeutig ideologische Gründe nachweisen, die bestimmte EZ-Leistungen in den Augen der derzeit regierenden Republikaner „politisch unkorrekt“ machen. Als „links“ (bzw. im amerikanischen politischen Jargon *liberal*) gelten insbesondere Familienplanung und alle Maßnahmen, die sich um sozial marginalisierte und benachteiligte Gruppen kümmern. Besonders stark ist darum der Kampf gegen HIV und AIDS betroffen.

Mit dem Abstieg der USA als bislang größtem Geber geht der relative Aufstieg anderer einher: Deutschland wird trotz der Kürzungen seiner Etats für ODA voraussichtlich das größte einzelne ODA-Geberland der Welt werden.

Angesichts der Folgen der enormen amerikanischen Kürzungen stellt sich für andere Geberländer – also auch Deutschland – vor allem die Frage, ob und wie weit sie dazu willens und in der Lage sind, diese Folgen abzumildern, wenn nicht gar auszugleichen. Zwar zeigen sich europäische Entwicklungspolitiker, darunter auch die deutsche Bundesministerin Reem Alabali Radovan, besorgt über die amerikanischen Kürzungen und mahnen die Suche nach Ausgleichslösungen an,⁸⁴ doch lassen die Haushaltsentwürfe für die nächsten Jahre zurzeit nichts dergleichen erkennen.

Auch ist derzeit nicht erkennbar, dass andere Staaten, z. B. China oder die Golfmonarchien (immerhin die reichsten Staaten der Welt), einspringen oder dass eine verstärkte Süd-Süd-Kooperation einen Ausgleich schaffen könnte. Vielmehr scheint es zum gegenwärtigen Zeitpunkt, als müssten sich die ODA-Empfängerstaaten nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig auf deutlich reduzierte Transfers und andere Formen der Unterstützung einstellen.

* * *

84 EU sucht nach Ausgleich für US-Kürzungen bei Entwicklungshilfe, Evangelisch.de am 26. Mai 2025, <https://www.evangelisch.de/inhalte/243732/26-05-2025/eu-sucht-nach-ausgleich-fuer-us-kuerzungen-bei-entwicklungshilfe> (zuletzt abgerufen 19. August 2025).